



C/2024/5894

16.10.2024

**Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>**

**15. Oktober 2024**

(C/2024/5894)

**1 Euro =**

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0903	CAD	Kanadischer Dollar	1,5063
JPY	Japanischer Yen	162,85	HKD	Hongkong-Dollar	8,4690
DKK	Dänische Krone	7,4610	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7902
GBP	Pfund Sterling	0,83355	SGD	Singapur-Dollar	1,4271
SEK	Schwedische Krone	11,3010	KRW	Südkoreanischer Won	1 482,73
CHF	Schweizer Franken	0,9401	ZAR	Südafrikanischer Rand	19,1651
ISK	Isländische Krone	149,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7574
NOK	Norwegische Krone	11,7660	IDR	Indonesische Rupiah	16 927,02
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	4,6986
CZK	Tschechische Krone	25,242	PHP	Philippinischer Peso	63,068
HUF	Ungarischer Forint	400,48	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,2938	THB	Thailändischer Baht	36,345
RON	Rumänischer Leu	4,9758	BRL	Brasilianischer Real	6,0949
TRY	Türkische Lira	37,3517	MXN	Mexikanischer Peso	21,2097
AUD	Australischer Dollar	1,6236	INR	Indische Rupie	91,6220

<sup>(1)</sup> Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



## Bekanntmachung des bevorstehenden Auslaufens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(C/2024/6156)

1. Nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern <sup>(1)</sup> gibt die Kommission bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zeitpunkt auslaufen, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird.

### 2. Verfahren

Die Unionshersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung wegen des bevorstehenden Auslaufens der Maßnahmen stellen. Dieser Antrag muss ausreichende Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Auslaufens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden. Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und die Unionshersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu kommentieren.

### 3. Frist

Die Unionshersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der genannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen; dieser muss der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat G-1, CHAR 4/39, 1049 Brüssel, Belgien) <sup>(2)</sup> spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen.

4. Diese Bekanntmachung wird nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 veröffentlicht.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrländer	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Tag des Auslaufens <sup>(1)</sup>
Ferrosilicium	Volksrepublik China Russland	Antidumpingzoll	Durchführungsverordnung (EU) 2020/909 der Kommission vom 30. Juni 2020 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Ferrosilicium mit Ursprung in Russland und in der Volksrepublik China nach einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 (ABl. L 208 vom 1.7.2020, S. 2)	2.7.2025

<sup>(1)</sup> Die Maßnahme läuft an dem in dieser Spalte angeführten Tag um Mitternacht (00.00 Uhr) aus.

<sup>(1)</sup> ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/2020-08-11>.

<sup>(2)</sup> TRADE-Defence-Complaints@ec.europa.eu.



C/2024/6183

16.10.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**  
**(Sache M.11630 – COVH / CDC / SOGECAP / MONT DU CENTRE / PHOENIX BELGIUM)**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/6183)

1. Am 9. Oktober 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Covivio Hotels SCA („COVH“, Frankreich), kontrolliert von Covivio SA,
- La Caisse des Dépôts et Consignations („CDC“, Frankreich), eine französische öffentliche Einrichtung,
- SOGECAP SA („SOGECAP“, Frankreich), letztlich kontrolliert von Société Générale S.A. („Société Générale“, Frankreich),
- SAS Mont du Centre („Mont du Centre“, Frankreich) und Phoenix Opco Belgium („Phoenix Belgium“, Belgien), zusammen mit Mont du Centre die Zielunternehmen, die derzeit letztlich von der AccorInvest Group SA („AccorInvest“, Luxemburg) kontrolliert werden.

COVH, CDC und SOGECAP werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Zielunternehmen erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- COVH ist im Bereich der Eigentümerschaft und Verwaltung von Betriebsimmobilien beteiligt, insbesondere im Hotel-, Freizeit- und Gaststättengewerbe in Frankreich und Europa,
- CDC unterstützt die öffentliche Politik des Staates und der lokalen Gebietskörperschaften und übt über seine Tochtergesellschaften wettbewerbsorientierte Geschäftstätigkeiten aus, vor allem in Frankreich,
- Sogecap ist in Frankreich und international vor allem im Lebensversicherungssektor tätig,
- Mont du Centre ist Eigentümer von fünf Hotelunternehmen in Frankreich,
- Phoenix Belgium ist Eigentümer eines Hotelunternehmens in Belgien.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

M.11630 – COVH / CDC / SOGECAP / MONT DU CENTRE / PHOENIX BELGIUM

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Registratur Fusionskontrolle  
1049 Bruxelles/Brussel  
BELGIQUE/BELGIË

---



C/2024/6186

16.10.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.115761**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/6186)

Datum der Annahme der Entscheidung	3.10.2024
Nummer der Beihilfe	SA.115761
Mitgliedstaat	Estland
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Eesti regionaalabi kaart (1. jaanuar 2022 – 31. detsember 2027) muutmine
Rechtsgrundlage	Government Decision of 7.10.2021 on Estonian regional aid map 2022-2027; Government Decision of 22.8.2024 on amendment of Estonian regional aid map 2022-2027
Art der Beihilfe	Not applicable
Ziel	Regionale Entwicklung
Form der Beihilfe	
Haushaltsmittel	
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	1.3.2024 - 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Finance Suur-Ameerika 1, Tallinn 10122
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/6188

16.10.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.113456**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/6188)

Datum der Annahme der Entscheidung	27.9.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.113456	
Mitgliedstaat	Portugal	
Region	Portugal	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Investimentos em Setores Estratégicos	
Rechtsgrundlage	Resolution of the Council of Ministers No. 49/2024, of 26 March 2024, and draft Ordinance establishing the Regulation of the Incentive System „Investments in strategic sectors“	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Sektorale Entwicklung	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 000 000 000 EUR Jährliche Mittel: 1 000 000 000 EUR	
Beihilfemaximalintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2025	
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	AICEP - Agência para o Investimento e Comércio Externo de Portugal Rua de Entrecampos, n° 28 – 12° Andar, 1700-158 Lisboa	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/6191

16.10.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.113446**

(C/2024/6191)

Datum der Annahme der Entscheidung	9.7.2024
Nummer der Beihilfe	SA.11 3446
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	Hessen
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Hessen: Biodiversitäts-Plus auf Grünland - H. 3
Rechtsgrundlage	Hessisches Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen HALM 2
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 5 600 000 EUR Jährliche Mittel: 800 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	100,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2030
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Bewilligungsstellen s. Anlage 13 der RL (Nr. 1 - 16) Bewilligungsstellen s. Anlage 13 der RL (Nr. 1 - 16)
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,  
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/6194

16.10.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.115760**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/6194)

Datum der Annahme der Entscheidung	3.10.2024
Nummer der Beihilfe	SA.115760
Mitgliedstaat	Slowakei
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Zmena mapy regionálnej pomoci pre Slovensko (1. januára 2022 – 31. decembra 2027) na obdobie od 1. januára 2024 do 31. decembra 2027 (hodnotenie v polovici obdobia)
Rechtsgrundlage	1. Zákon č. 358/2015 Z. z. o úprave niektorých vzťahov v oblasti štátnej pomoci a minimálnej pomoci a o zmene a doplnení niektorých zákonov (zákon o štátnej pomoci) <a href="https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2015/358/201601012">https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2015/358/201601012</a> . Zákon č. 539/2008 Z. z. o podpore regionálneho rozvoja v znení neskorších predpisov <a href="https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2008/539/202404013">https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2008/539/202404013</a> . Zákon č. 57/2018 Z. z. o regionálnej investičnej pomoci a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov <a href="https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2018/57/202403064">https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2018/57/202403064</a> . Zákon č. 121/2022 Z. z. o príspevkoch z fondov Európskej únie a o zmene a doplnení niektorých zákonov <a href="https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2022/121/20240801">https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2022/121/20240801</a>
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Regionale Entwicklung
Form der Beihilfe	
Haushaltsmittel	
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	1.3.2024 - 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Protimonopolný úrad SR Drieňová 24, 826 03 Bratislava
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/6195

16.10.2024

**BESCHLUSS DES RATES**

**vom 10. Oktober 2024**

**zur Ersetzung eines Mitglieds (Litauen) des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz**

(C/2024/6195)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Beschluss vom 24. Februar 2022 <sup>(2)</sup> hat der Rat die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum vom 1. März 2022 bis zum 28. Februar 2025 ernannt.
- (2) Infolge des Ausscheidens von Frau Aldona SABAIŲIENĖ ist der Sitz eines Mitglieds in der Gruppe der Regierungsvertreter frei geworden.
- (3) Die Regierung Litauens hat eine Kandidatin für den frei gewordenen Sitz vorgeschlagen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Frau Rasa JAKUBĖNIENĖ wird als Nachfolgerin von Frau Aldona SABAIŲIENĖ für deren verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 28. Februar 2025, zum Mitglied des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ernannt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 10. Oktober 2024.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

PINTÉR S.

<sup>(1)</sup> ABl. C 218 vom 13.9.2003, S. 1.

<sup>(2)</sup> Beschluss des Rates vom 24. Februar 2022 zur Ernennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ABl. C 92 vom 25.2.2022, S. 1).



C/2024/6198

16.10.2024

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**  
**(Sache M.10728 — CACF / STELLANTIS / FCA BANK / F2ML)**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/6198)

Am 20. Dezember 2022 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32022M10728 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/6208

16.10.2024

**BESCHLUSS DES RATES**

**vom 10. Oktober 2024**

**zur Verlängerung der Amtszeit eines stellvertretenden Exekutivdirektors von Europol**

(C/2024/6208)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 54 Absätze 3 bis 5 und Artikel 55,

in seiner Eigenschaft als Behörde, die zur Ernennung des Exekutivdirektors und der stellvertretenden Exekutivdirektoren von Europol befugt ist,

auf Vorschlag des Verwaltungsrats von Europol vom 19. März 2024,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Herr Jean-Philippe LECOUFFE wurde mit einem Beschluss (EU) 2021/602 des Rates<sup>(2)</sup> zum stellvertretenden Exekutivdirektor von Europol ernannt. Die Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE läuft am 30. April 2025 ab.
- (2) Die stellvertretenden Exekutivdirektoren von Europol werden für vier Jahre ernannt, wobei gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/794 eine einmalige Verlängerung zulässig ist.
- (3) Im Beschluss des Verwaltungsrats von Europol vom 1. Mai 2017 wird das Verfahren für die Verlängerung der Amtszeit von stellvertretenden Exekutivdirektoren von Europol festgelegt.
- (4) Der Verwaltungsrat hat das Europäische Parlament über seine Absicht unterrichtet, dem Rat vorzuschlagen, die Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE unter Berücksichtigung der Bewertung gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/794 zu verlängern.
- (5) Am 12. September 2024 gab der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments („LIBE-Ausschuss“) gemäß Artikel 54 Absatz 2 Unterabsatz 4 der Verordnung (EU) 2016/794 eine befürwortende Stellungnahme zur Verlängerung der Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE als stellvertretender Exekutivdirektor von Europol ab.
- (6) Der Verwaltungsrat hat dem Rat eine Stellungnahme vorgelegt, in der die Verlängerung der Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE und dessen Neueinstufung in die Besoldungsgruppe AD 15 vorgeschlagen wird.
- (7) Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrats und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Europäischen Parlaments sollte die Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE als stellvertretendem Exekutivdirektor von Europol verlängert und eine Neueinstufung seiner Besoldungsgruppe nach AD 15 vorgenommen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Amtszeit von Herrn Jean-Philippe LECOUFFE als stellvertretender Exekutivdirektor von Europol wird vom 1. Mai 2025 bis zum 30. April 2029 in der Besoldungsgruppe AD 15 verlängert.

<sup>(1)</sup> ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53.

<sup>(2)</sup> Beschluss (EU) 2021/602 des Rates vom 8. April 2021 zur Ernennung eines stellvertretenden Exekutivdirektors von Europol (ABl. L 127 vom 14.4.2021, S. 42).

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 10. Oktober 2024.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

PINTÉR S.

---



C/2024/6210

16.10.2024

**BESCHLUSS DES RATES**

**vom 10. Oktober 2024**

**zur Ersetzung eines stellvertretenden Mitglieds (Lettland) des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz**

(C/2024/6210)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Beschluss vom 24. Februar 2022 <sup>(2)</sup> hat der Rat die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum vom 1. März 2022 bis zum 28. Februar 2025 ernannt.
- (2) Infolge des Ausscheidens von Frau Ilona KIUKUCĀNE ist der Sitz eines stellvertretenden Mitglieds in der Gruppe der Vertreter der Arbeitgeberverbände frei geworden.
- (3) Die lettische Regierung hat eine Kandidatin für den frei gewordenen Sitz vorgeschlagen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Frau Anete NEILANDE wird als Nachfolgerin von Frau Ilona KIUKUCĀNE für deren verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 28. Februar 2025, zum stellvertretenden Mitglied des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ernannt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 10. Oktober 2024.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

PINTÉR S.

<sup>(1)</sup> ABl. C 218 vom 13.9.2003, S. 1.

<sup>(2)</sup> Beschluss des Rates vom 24. Februar 2022 zur Ernennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ABl. C 92 vom 25.2.2022, S. 1).



C/2024/6213

16.10.2024

**BESCHLUSS DES RATES**

**vom 10. Oktober 2024**

**zur Ersetzung eines Mitglieds (Litauen) des Verwaltungsrates der Europäischen Agentur für  
Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**

(C/2024/6213)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/126 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 zur Errichtung der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Beschluss vom 28. März 2023 <sup>(2)</sup> hat der Rat die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für den Zeitraum vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2027 ernannt.
- (2) Infolge des Ausscheidens von Frau Aldona SABAIŲIENĖ ist der Sitz eines Mitglieds in der Gruppe der Regierungsvertreter frei geworden.
- (3) Die Regierung Litauens hat eine Kandidatin für den frei gewordenen Sitz vorgeschlagen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Frau Rasa JAKUBĖNIENĖ wird als Nachfolgerin von Frau Aldona SABAIŲIENĖ für deren verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 31. März 2027, zum Mitglied des Verwaltungsrates der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ernannt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 10. Oktober 2024.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

PINTÉR S.

<sup>(1)</sup> ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 58.

<sup>(2)</sup> Beschluss des Rates vom 28. März 2023 zur Ernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) (ABl. C 116 vom 31.3.2023, S. 19).



C/2024/6215

16.10.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**  
**(Sache M.11650 - RIL / TWDC / BTS1 / SIPL)**  
**Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/6215)

1. Am 9. Oktober 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Reliance Industries Limited („RIL“, Indien),
- The Walt Disney Company („TWDC“, USA),
- BTS Investment 1 Pte, Ltd. („BTS1“, Singapur), letztlich kontrolliert von James Murdoch (USA) und Uday Shankar (Indien),
- das neu gegründete Gemeinschaftsunternehmen Star India Private Limited („SIPL“, Indien).

RIL, TWDC und BTS1 werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von SIPL erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- RIL ist ein multinationales Konglomerat mit Geschäftstätigkeiten in einer Reihe von Sektoren weltweit, darunter i) Medien und Unterhaltung (auch über seine Tochtergesellschaft Viacom18); ii) Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoff; iii) Erdölraffination und -vermarktung; iv) fortgeschrittene Werkstoffe und Verbundwerkstoffe; v) erneuerbare Energien (Solar und Wasserstoff); vi) Einzelhandels- und digitale Dienstleistungen; und vii) Telekommunikationsdienstleistungen.
- TWDC ist ein diversifiziertes, internationales, an der New Yorker Börse notiertes Medien- und Unterhaltungsunternehmen mit den drei Kerngeschäftsbereichen Unterhaltung, Sport und Erlebnisse.
- BTS1 investiert in Verbrauchertechnologien in Südostasien, mit besonderem Schwerpunkt auf Indien.

3. Das Gemeinschaftsunternehmen SIPL wird hauptsächlich in Indien in der Unterhaltungsbranche tätig sein.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen <sup>(2)</sup> infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

<sup>(2)</sup> ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

M.11650 - RIL / TWDC / BTS1 / SIPL

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: [COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu](mailto:COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu)

Postanschrift:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Registratur Fusionskontrolle  
1049 Bruxelles/Brussel  
BELGIQUE/BELGIË

---



C/2024/6216

16.10.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**  
**(Sache M.11696 – OEP CAPITAL ADVISORS / COMAU)**  
**Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/6216)

1. Am 8. Oktober 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- One Equity Partners Capital Advisors, L.P. („OEP“, USA),
- Comau S.p.A („Comau“, Italien), letztlich kontrolliert von Stellantis N.V. („Stellantis“, Niederlande).

OEP wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über Comau übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- OEP ist eine Private-Equity-Gesellschaft des mittleren Marktsegments mit Schwerpunkt auf transformativen Kombinationen in den Branchen Industrie, Gesundheit und Technologie in Nordamerika und Europa.
- Comau ist eine Aktiengesellschaft des italienischen Rechts. Comau und seine Tochtergesellschaften sind in der Entwicklung, Herstellung und Lieferung von industriellen Automatisierungssystemen, Robotik, Montagebändern und fortgeschrittenen Automatisierungslösungen für Anwendungen und Endnutzer in den Bereichen Automobilindustrie, Verkehr, Elektromobilität, Lager und Logistik, erneuerbare Energie (einschließlich grüner Wasserstoff), Schwerindustrie (d. h. Schiffbau) und Bildung tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(2)</sup> infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M. 11696 - OEP CAPITAL ADVISORS / COMAU

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

<sup>(2)</sup> ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Registratur Fusionskontrolle  
1049 Bruxelles/Brussel  
BELGIQUE/BELGIË

---



C/2024/6276

16.10.2024

**BESCHLUSS DES RATES**

**vom 10. Oktober 2024**

**zur Ersetzung eines Mitglieds (Lettland) des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz**

(C/2024/6276)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Beschluss vom 24. Februar 2022 <sup>(2)</sup> hat der Rat die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum vom 1. März 2022 bis zum 28. Februar 2025 ernannt.
- (2) Infolge des Ausscheidens von Frau Inese STEPIŅA ist der Sitz eines Mitglieds in der Gruppe der Vertreter der Arbeitgeberverbände frei geworden.
- (3) Die lettische Regierung hat eine Kandidatin für den frei gewordenen Sitz vorgeschlagen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Frau Sintija SĒJĒJA wird als Nachfolgerin von Frau Inese STEPIŅA für deren verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 28. Februar 2025, zum Mitglied des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ernannt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 10. Oktober 2024.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

PINTÉR S.

<sup>(1)</sup> ABl. C 218 vom 13.9.2003, S. 1.

<sup>(2)</sup> Beschluss des Rates vom 24. Februar 2022 zur Ernennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ABl. C 92 vom 25.2.2022, S. 1).



C/2024/6301

16.10.2024

**Liste der Mitgliedstaaten und ihrer zuständigen Behörden betreffend Artikel 15 Absatz 2, Artikel 17 Absatz 8 und Artikel 21 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates; Liste der zuständigen Behörden in Nordirland betreffend Artikel 17 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates gemäß dem Protokoll über Irland/Nordirland zum Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft**

(C/2024/6301)

Die Veröffentlichung dieser Liste erfolgt gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 <sup>(1)</sup>. Die zuständigen Behörden wurden gemäß folgenden Artikeln dieser Verordnung informiert:

- a) Artikel 15 Absatz 1: Fänge von Fischereifahrzeugen, die die Flagge eines Mitgliedstaats führen, dürfen nur ausgeführt werden, wenn die zuständigen Behörden des Flaggenmitgliedstaats gemäß Artikel 12 Absatz 4 eine Fangbescheinigung validiert haben, sofern dies im Rahmen der Zusammenarbeit gemäß Artikel 20 Absatz 4 erforderlich ist.

Artikel 15 Absatz 2: Die Flaggenmitgliedstaaten teilen der Kommission mit, welche Behörden für die Validierung von Fangbescheinigungen gemäß Absatz 1 zuständig sind.

- b) Artikel 17 Absatz 8: Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, welche Behörden für die Kontrolle und Überprüfungen der Fangbescheinigungen gemäß Artikel 16 und den Absätzen 1 bis 6 des vorliegenden Artikels zuständig sind.

- c) Artikel 21 Absatz 3: Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, welche Behörden für die Validierung und Überprüfung des Teils der Fangbescheinigungen über die Wiederausfuhr nach dem Verfahren gemäß Artikel 15 zuständig sind.

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
Belgien	a), b), c): — Vlaamse Overheid; Dienst Zeevisserij (Flämische Regierung; Agentur für Landwirtschaft und Fischerei, Seefischereibehörde)
Bulgarien	a), b), c): — Изпълнителна Агенция по Рибарство и Аквакултури (Nationale Agentur für Fischerei und Landwirtschaft)
Tschechische Republik	a): — Entfällt. b), c): — Celní úřad pro Středočeský kraj (Zollamt der Region Zentralböhmen) — Celní úřad pro hlavní město Prahu (Zollamt Prag Hauptstadt) — Celní úřad Praha Ruzyně (Zollamt Prag Ruzyně) — Celní úřad pro Jihočeský kraj (Zollamt der Region Südböhmen) — Celní úřad pro Plzeňský kraj (Zollamt der Region Pilsen) — Celní úřad pro Karlovarský kraj (Zollamt der Region Karlovy Vary) — Celní úřad pro Ústecký kraj (Zollamt der Region Ústí nad Labem) — Celní úřad pro Liberecký kraj (Zollamt der Region Liberec) — Celní úřad pro Královéhradecký kraj (Zollamt der Region Hradec Králové) — Celní úřad pro Pardubický kraj (Zollamt der Region Pardubice) — Celní úřad pro Kraj Vysočina (Zollamt der Region Vysočina) — Celní úřad pro Jihomoravský kraj (Zollamt der Region Südmähren)

<sup>(1)</sup> ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1.

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
	<ul style="list-style-type: none"> <li>— Celní úřad pro Olomoucký kraj (Zollamt der Region Olomouc)</li> <li>— Celní úřad pro Moravskoslezský kraj (Zollamt der Region Mährisch-Schlesien)</li> <li>— Celní úřad pro Zlínský kraj (Zollamt der Region Zlín)</li> </ul>
Dänemark	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Fiskeristyrelsen (Dänische Fischereibehörde)</li> </ul> <p>b):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Fiskeristyrelsen – kun direkte landinger (Dänische Fischereibehörde – nur Direktanlandungen)</li> <li>— Fødevarestyrelsen – anden import (Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde – sonstige Einfuhren)</li> </ul> <p>c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Fødevarestyrelsen (Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde)</li> </ul>
Deutschland	<p>a), b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung</li> </ul>
Estland	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Põllumajandus- ja Toiduamet, kalapüügi- ja turukorralduse osakond (Amt für Landwirtschaft und Ernährung, Abteilung Fischerei und Marktorganisation)</li> </ul> <p>b):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Masku- ja Tolliamet; Põllumajandus- ja Toiduamet (Estnisches Steuer- und Zollamt; Amt für Landwirtschaft und Ernährung)</li> </ul> <p>c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Maksu- ja Tolliamet (Estnisches Steuer- und Zollamt)</li> </ul>
Irland	<p>a), b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— The Sea Fisheries Protection Authority (Behörde zum Schutz der Meeresfischerei)</li> </ul>
Griechenland	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Υπουργείο Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων, Γενική Διεύθυνση Αλιείας, Διεύθυνση Ελέγχου Αλιευτικών Δραστηριοτήτων και Προϊόντων, Τμήμα Καταπολέμησης Παράνομης, Λαθραίας και Αναρχής Αλιείας (Ministerium für ländliche Entwicklung und Ernährung; Generaldirektion Fischerei, Direktion Fangtätigkeiten und Produktkontrolle, IUU-Abteilung)</li> </ul> <p>b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Υπουργείο Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων, Γενική Διεύθυνση Αλιείας, Διεύθυνση Ελέγχου Αλιευτικών Δραστηριοτήτων και Προϊόντων, Τμήμα Καταπολέμησης Παράνομης, Λαθραίας και Αναρχής Αλιείας (Ministerium für ländliche Entwicklung und Ernährung; Generaldirektion Fischerei, Direktion Fangtätigkeiten und Produktkontrolle, IUU-Abteilung)</li> <li>— Υπουργείο Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων, Γενική Διεύθυνση Αλιείας, Διεύθυνση Ελέγχου Αλιευτικών Δραστηριοτήτων και Προϊόντων, Τμήμα Καταπολέμησης Παράνομης, Λαθραίας και Αναρχής Αλιείας, Γραφείο Ελέγχου Αλιευτικών Προϊόντων (Ministerium für ländliche Entwicklung und Ernährung; Generaldirektion Fischerei, Direktion Fangtätigkeiten und Produktkontrolle, IUU-Abteilung, Kontrolleinheit für Fischereierzeugnisse – am Internationalen Flughafen von Athen)</li> </ul>

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
Spanien	a), b), c): — MINISTERIO DE AGRICULTURA, PESCA Y ALIMENTACIÓN, SECRETARÍA GENERAL DE PESCA Dirección General de Ordenación Pesquera y Acuicultura, Subdirección General de Control e Inspección y Lucha contra la Pesca Ilegal (Generaldirektion für die Bewirtschaftung von Fischerei und Aquakultur, Untergeneraldirektion Kontrolle und Inspektion und Bekämpfung der illegalen Fischerei)
Frankreich	a): — Les directions départementales des territoires et de la mer — délégations à la mer et au littoral; direction de la mer Guadeloupe; direction de la mer Martinique; direction de la mer Guyane; direction de la mer Sud Océan Indien (Direktionen für die Festlands- und Meeresgebiete der Departements – Delegationen für das Meer und die Küste; Direktion für Meeresfragen Guadeloupe; Direktion für Meeresfragen Martinique; Direktion für Meeresfragen Französisch-Guayana; Direktion für Meeresfragen Südindischer Ozean) — Le Centre national de surveillance des pêches (Nationales Zentrum für Fischereiüberwachung) b): — Les bureaux de douane des directions régionales (Zollämter der Regionaldirektionen) — La Direction des Pêches Maritimes et de l’Aquaculture (Direktion für Meeresfischerei und Aquakultur) c): — Les bureaux de douane des directions régionales (Zollämter der Regionaldirektionen)
Kroatien	a): — Ministarstvo poljoprivrede; Uprava ribarstva (Ministerium für Landwirtschaft; Direktion Fischerei) b), c): — Ministarstvo financija; Carinska uprava (Ministerium der Finanzen; Zollverwaltung)
Italien	a), c): — Autorità Marittime (Guardia Costiera) (Meeresbehörde (Küstenwache)) b): — Agenzia delle Dogane (Zollagentur) — Ministero della Salute (Gesundheitsministerium)
Zypern	a), b), c): — Υπουργείο Γεωργίας, Αγροτικής Ανάπτυξης και Περιβάλλοντος; Τμήματος Αλιείας και Θαλασσιών Ερευνών (Ministerium für Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums und Umwelt; Abteilung Fischerei und Meeresforschung)
Lettland	a): — Zemkopības ministrijas Zivsaimniecības departaments (Ministerium für Landwirtschaft; Abteilung Fischerei) b): Nozvejas sertifikātu pārbaudes un verifikācijas procedūras (Verfahren zur Kontrolle und Überprüfung der Fangbescheinigungen): — Valsts vides dienesta Zvejas kontroles departaments (Staatlicher Umweltdienst; Abteilung Fischereikontrolle); Muitas kontroles (Zollkontrollen):

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
	<ul style="list-style-type: none"> <li>— Valsts ieņēmumu dienesta Muitas pārvalde (Nationale Zollbehörde; Staatliche Steuerverwaltung).</li> </ul> <p>c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Valsts vides dienesta Zvejas kontroles departaments (Staatlicher Umweltdienst; Abteilung Fischereikontrolle)</li> </ul>
Litauen	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Žuvininkystės tarnyba prie Lietuvos Respublikos žemės ūkio ministerijos (Ministerium für Landwirtschaft der Republik Litauen, Dienststelle für Fischerei)</li> </ul> <p>b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Muitinės departamentas prie Lietuvos Respublikos finansų ministerijos (Ministerium für Finanzen der Republik Litauen, Zollabteilung)</li> </ul>
Luxemburg	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Entfällt.</li> </ul> <p>b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Administration des services vétérinaires (Veterinärdienstverwaltung)</li> </ul>
Ungarn	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Entfällt.</li> </ul> <p>b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Nemzeti Élelmiszerlánc-biztonsági Hivatal (Nationales Amt für die Sicherheit der Lebensmittelkette)</li> </ul>
Malta	<p>a), b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Dipartiment tas-Sajd u l-Akwakultura; Ministeru għall-Iżvilupp Sostenibbli, l-Ambjent u l-bidla fil-klima (Abteilung Fischerei und Aquakultur; Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimawandel)</li> </ul>
Niederlande	<p>a), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Nederlandse Voedsel en Waren Autoriteit (Niederländische Behörde für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz)</li> </ul> <p>b):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Douane (Zollbehörde)</li> <li>— Nederlandse Voedsel- en Warenautoriteit (Niederländische Behörde für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz)</li> </ul>
Österreich	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Entfällt.</li> </ul> <p>b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Bundesamt für Ernährungssicherheit</li> </ul>
Polen	<p>a):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi – Departament Rybołówstwa (Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums; Abteilung Fischerei)</li> </ul> <p>b):</p> <p>w przypadku importu drogą lądową i lotniczą (bei Einfuhren auf dem Land- oder Luftweg):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi – Departament Rybołówstwa (Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums; Abteilung Fischerei)</li> </ul>

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
	<p>w przypadku importu drogą morską (bei Einfuhren auf dem Seeweg):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Główny Inspektorat Rybołówstwa Morskiego Ośrodek Zamiejscowy w Gdyni (Hauptaufsichtsbehörde für Meeresfischerei, Regionalzentrum in Gdynia)</li> <li>— Główny Inspektorat Rybołówstwa Morskiego Ośrodek Zamiejscowy w Szczecinie (Hauptaufsichtsbehörde für Meeresfischerei, Regionalzentrum in Stettin)</li> </ul> <p>c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— <b>Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi – Departament Rybołówstwa (Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums; Abteilung Fischerei)</b> Główny Inspektorat Rybołówstwa Morskiego Ośrodek Zamiejscowy w Gdyni (Hauptaufsichtsbehörde für Meeresfischerei, Regionalzentrum in Gdynia)</li> <li>— Główny Inspektorat Rybołówstwa Morskiego Ośrodek Zamiejscowy w Szczecinie (Hauptaufsichtsbehörde für Meeresfischerei, Regionalzentrum in Stettin)</li> </ul>
Portugal	<p>a), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Festland: Direção-Geral de Recursos Naturais, Segurança e Serviços Marítimos; Autoridade Nacional de Pesca; (Generaldirektion für natürliche Ressourcen, Sicherheit auf See und Seeverkehrsdienste; Nationale Fischereibehörde)</li> <li>— Azoren: Inspeção Regional das Pescas e de Usos Marítimos (Regionale Inspektion für Fischerei und Meeresnutzung)</li> <li>— Madeira: Direção Regional de Pescas e Mar (Regionaldirektion für Fischerei und Meeresfragen)</li> </ul> <p>b):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Festland: Direção-Geral de Recursos Naturais, Segurança e Serviços Marítimos; Autoridade Nacional de Pesca; (Generaldirektion für natürliche Ressourcen, Sicherheit auf See und Seeverkehrsdienste; Nationale Fischereibehörde)</li> <li>— Azoren: Inspeção Regional das Pescas e de Usos Marítimos (Regionale Inspektion für Fischerei und Meeresnutzung)</li> <li>— Madeira: Direção Regional de Pescas e Mar (Regionaldirektion für Fischerei und Meeresfragen)</li> <li>— Alfândega de Viana do Castelo (Zollamt Viana do Castelo)</li> <li>— Alfândega de Leixões (Zollamt Leixões)</li> <li>— Alfândega do Aeroporto do Porto (Zollamt Porto Flughafen)</li> <li>— Alfândega de Aveiro (Zollamt Aveiro)</li> <li>— Alfândega de Peniche (Zollamt Peniche)</li> <li>— Alfândega Marítima de Lisboa (Seezollamt Lissabon)</li> <li>— Alfândega do Aeroporto de Lisboa (Zollamt Lissabon Flughafen)</li> <li>— Alfândega de Setúbal (Zollamt Setúbal)</li> <li>— Delegação Aduaneira de Sines (Zollaußenstelle Sines)</li> <li>— Delegação Aduaneira do Aeroporto de Faro (Zollaußenstelle Faro Flughafen)</li> <li>— Alfândega de Ponta Delgada (Zollamt Ponta Delgada)</li> <li>— Delegação Aduaneira da Horta (Zollaußenstelle Horta)</li> <li>— Alfândega do Funchal (Zollamt Funchal)</li> <li>— Delegação Aduaneira do Aeroporto da Madeira (Zollaußenstelle Madeira Flughafen)</li> </ul>
Rumänien	<p>a), b), c):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Agenția Națională pentru Pescuit și Acvacultură (Nationale Agentur für Fischerei und Aquakultur)</li> </ul>

Mitgliedstaat	Zuständige Behörden
Slowenien	a): — Finančni urad Koper (Finanzamt Koper) b), c): — Finančni urad Celje (Finanzamt Celje) — Finančni urad Koper (Finanzamt Koper) — Finančni urad Kranj (Finanzamt Kranj) — Finančni urad Ljubljana (Finanzamt Ljubljana) — Finančni urad Maribor (Finanzamt Maribor) — Finančni urad Murska Sobota (Finanzamt Murska Sobota) — Finančni urad Nova Gorica (Finanzamt Nova Gorica) — Finančni urad Novo Mesto (Finanzamt Novo Mesto)
Slowakei	a): — Entfällt. b), c): — Štátna veterinárna a potravinová správa Slovenskej republiky (Staatliche Veterinär- und Lebensmittelbehörde der Slowakischen Republik)
Finnland	a), b), c): — Varsinais-Suomen elinkeino-, liikenne- ja ympäristökeskus (Zentrum für Wirtschaftsförderung, Verkehr und Umwelt für Südwest-Finnland)
Schweden	a), b), c): — Havs- och vattenmyndigheten (Amt für maritime Angelegenheiten und Wasserwirtschaft)

**Liste der zuständigen Behörden in Nordirland betreffend Artikel 17 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates gemäß dem Protokoll über Irland/Nordirland zum Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft**

Protokoll über Irland/Nordirland zum Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft	Zuständige Behörden für die Kontrollen und Überprüfungen der Fangbescheinigungen gemäß Artikel 16 und Artikel 17 Absätze 1 bis 6 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates
Nordirland	Department for Agriculture, the Environment and Rural Affairs (Abteilung für Landwirtschaft, Umwelt und den ländlichen Raum) UK Port Health Authorities (Hafengesundheitsbehörden des Vereinigten Königreichs) Belfast, Warrenpoint, Larne und Foyle